

VERNUNFTKRAFT.

Bundesinitiative für **vernünftige** Energiepolitik.



Positionen

für mehr Weitsicht,
zum Wohl von
Mensch und Natur.



Unsere Wahrnehmung

Die gegenwärtige Energiepolitik erscheint oft impulsgetrieben und ineffizient. Einige ihrer Ergebnisse halten wir für schlicht unvernünftig.

Wir erkennen bezüglich Rationalität und Effizienz Defizite.

Daher möchten wir der Vernunft Kraft geben.

Was uns antreibt ist die Frage:

Wie kann eine „Energiewende“ sinnvoll definiert und zum Wohle unseres Landes vollzogen werden?

Unsere Ziele

Wir möchten eine Energiepolitik, die folgende Werte in den Mittelpunkt rückt:

- Das Wohlergehen der Menschen.
- Die weitestgehende Schonung von Natur und Lebensraum.
- Den Erhalt der wirtschaftlichen Basis.

Wir möchten eine Energiepolitik, die sich stützt auf nüchterne Analyse,

- unabhängigen Expertenrat,
- Erkenntnisse der Wissenschaft,
- die Anerkennung naturwissenschaftlicher Fakten und ökonomischer Zusammenhänge sowie
- die Prinzipien des Realismus und Pluralismus.

Unsere Forderungen:

- Berücksichtigung von Belangen des Landschafts- und Naturschutzes bei der Standortwahl für Industrieanlagen, dabei keine Sonderrechte für Windkraft und Photovoltaik. Schluss mit der baurechtlichen Privilegierung.
- Berücksichtigung und intensive Erforschung von Auswirkungen der Windkraftanlagen auf den Menschen. Schluss mit der Bagatellisierung von Gefahren des Infraschalls. Anpassung der Abstandsregeln an neue Erkenntnisse und Anlagengrößen.
- Eine europäische Harmonisierung der Erneuerbare-Energien-Politik mit Augenmaß und eine Vertiefung des europäischen Energiebinnenmarktes.
- Die Abkehr von ineffizienten und damit umweltschädlichen Insellösungen.
- Technologieneutralität - faire Chancen für echte technologische Durchbrüche.

In der Konsequenz heißt das:

- Abschaffung des Erneuerbare Energien Gesetzes.
- Moratorium des subventionierten Ausbaus unsteter Energiequellen wie Windkraft und Photovoltaik.
- Fokussierung gesellschaftlicher Ressourcen auf Forschung und Einsparung.
- Abkehr von nationalen Sonderwegen und Abstimmung mit Partnerländern innerhalb eines kohärenten und marktwirtschaftlich organisierten europäischen Rahmens.

-II-

Warum fordern wir das?

Die aktuelle Energiepolitik richtet sich zu sehr nach kurzfristigen Moden und politischen Opportunitäten.

Wir vermissen eine faktenbasierte Diskussion und Ehrlichkeit in den Aussagen.

Blinde Euphorie, Einflüsterungen von Lobbyisten und das Prinzip Hoffnung sind dafür kein Ersatz und der politischen Willensbildung in Deutschland nicht würdig.

Planungen, die technologische Entwicklungspfade auf Jahrzehnte hinaus prognostizieren und mit massiven Subventionen beeinflussen wollen, halten wir für verfehlt.

Indem die Politik einseitig auf etablierte und politisch gut vertretene Technologien setzt, wiederholt sie die Fehler der Vergangenheit.

So wenig wie die optimistischen Prophezeiungen des einstigen Atomministers Franz Josef Strauß, werden sich auch die den jetzigen Planungen zugrunde liegenden Szenarien bewahrheiten.

Grund für die schon jetzt absehbaren Irrtümer ist eine Anmaßung von Wissen und die konsequente Unterschätzung des Menschen und seiner Bedürfnisse und Fähigkeiten.

Die Intelligenz der Menschheit, das Potenzial des technologischen Fortschritts, die Entwicklungen in allen anderen Ländern dieser Erde, aber auch die Möglichkeit neues Wissen um Risiken und Nebenwirkungen bestimmter Technologien werden gegenwärtig ausgeblendet.

Stattdessen werden auf Basis eines gegebenen Standes von Technologie und Wissen Weichenstellungen für Jahrzehnte vorgenommen.

Wir halten das für fahrlässig.

Wir sind nicht bereit, die Bedürfnisse des Menschen nach intakter Natur und unverbauter Landschaft hinten anzustellen, um einer wissenschaftlich kaum fundierten und schlecht begründeten Politik eine minimale Erfolgchance zu erhalten.

Traditionell bewegt sich die Energiepolitik im Zieldreieck aus

- Versorgungssicherheit
- Umweltverträglichkeit
- Wirtschaftlichkeit.

Wir sind nicht länger bereit, aufgrund einer interessengeleiteten Interpretation des Kriteriums „Umweltverträglichkeit“ die Zerstörung von Natur und Heimat in Kauf zu nehmen.

Als mündige und vernunftbegabte Bürger verwahren wir uns gegen die infantile Einteilung in „gute“ grüne und „böse“ konventionelle Formen der Energieerzeugung.

Als mündige und vernunftbegabte Bürger wissen wir, dass die Welt bunt ist und verengte Sichtweisen weder sachgerecht noch zielführend sind.

Wir wissen, dass Strom weder grün noch gelb ist und dass der Begriff „Ökostrom“ nur ein Ausdruck von Marketingstrategen ist. Der einzige ökologisch unbedenkliche Strom ist der, der nicht produziert wird.

Wir sind nicht bereit, für die Produktion von vermeintlichem „Ökostrom“ immer höhere Preise zu zahlen. Vor allem sind wir es leid, dafür den Verlust von Natur, Heimat und Lebensqualität hinzunehmen.

Bei den gegenwärtig unter dem Schlagwort „Energiewende“ eingeleiteten Maßnahmen **kommen Mensch und Natur eindeutig zu kurz.**

Dank eines Subventionssystems, bei dem Maß und Ziel völlig abhanden gekommen sind, werden immer mehr Erzeugungsanlagen für sogenannte erneuerbare Energien in die Lebensräume von Mensch und Tier gesetzt.

Im Namen des „ökologischen Umbaus“ der Energieversorgung werden die Errungenschaften jahrzehntelanger Bemühungen um den Schutz der Natur und die Wahrung der Würde der Landschaft handstreichartig zunichte gemacht.

Umweltpolitiker, die eigentlich Anwälte des Naturschutzgedankens sein müssten, werden ihrer Verantwortung nicht gerecht und befördern die Industrialisierung unserer Umwelt und Lebensräume.

In blinder Euphorie für erneuerbare Energien und Unkenntnis des Konzepts der Nachhaltigkeit versteigen sich mit dem Umweltschutz betraute Landespolitiker gar zu der Aussage „dass nachhaltige Energieerzeugung Vorrang vor Naturschutz“ haben müsse.

Lokalpolitiker aus an Naturschätzen reichen Landkreisen lamentieren über „zuviel Natur“ die die Teilhabe am Subventionsstrom und das Mitschwimmen auf der Windkraftwelle erschwert.

Die Energiewende-Politik ist zum Feld der Profilierung und der Einnahmenerzielung von Lokalpolitik und Investoren geworden.

Politisches Geltungsbedürfnis und der Wunsch, vermeintliche wirtschaftliche Chancen zu nutzen, sind die dominierenden Motive einer völlig unkoordinierten, von der Allgemeinheit zwangsweise bezahlten Investitionstätigkeit.

Unabhängige Experten mahnen, dass die Integrationsfähigkeit des Systems beim rasanten Aufbau von Kapazitäten für nicht grundlastfähigem Strom überhaupt nicht berücksichtigt wird.

„Hier wird zu Lasten des Gemeinwohls das Motto je mehr und je schneller desto besser“

verfolgt, befinden die Wirtschaftsweisen.

Wir ergänzen: dieser Subventionswettbewerb geht nicht nur zu Lasten des Gemeinwohls, sondern auch zu **Lasten der Natur**.

Als zentrale Triebfeder dieser ökonomisch und ökologisch verheerenden Entwicklung sehen wir das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG).

Insbesondere Artikel 29 Absatz 2 des EEG setzt Anreize, ungeeignete Technologien an wenig geeigneten Orten zu installieren. Denn die Vorschrift sieht für schlechte Standorte die höchsten Subventionen vor.

In dieser Vorschrift reichen sich ökonomischer und ökologischer Unsinn die Hand.

Zur Naturzerstörung im Namen eines vorgeblich ökologischen Umbaus sagen wir eindeutig und unmissverständlich:

NEIN!

In Kenntnis der Fakten und der technischen, ökonomischen und politischen Zusammenhänge können wir diese Bestandteile des Programms der „Energiewende“ nur als Irrweg erkennen.

Doch wir verharren nicht in Ablehnung.

Unser Agenda ist positiv!

Wir möchten „erneuerbare Energien“ **sinnvoll** nutzen!

Sinnvoll ist Nutzung, die ohne dauerhafte Subventionierung und Privilegierung auskommt und ohne Schädigung von Mensch und Natur erfolgt.

Im Detail kritisieren wir die ineffiziente und marktwidrige Förderung und den falschen Fokus auf den Stromsektor.

Den von EEG-Profiteuren konstruierten Scheinzusammenhang mit dem Atomausstieg lassen wir als Begründung für eine falsche Politik im Bereich der Erneuerbaren Energien nicht gelten.

Unabhängig von der zweifelhaften Art ihres Zustandekommens und unabhängig von unseren individuellen Einstellungen gegenüber dieser Technologie ist die Entscheidung zum Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie für uns ein Fakt.

Es ist jedoch ein für unser Anliegen irrelevanter Fakt. Denn der Atomausstieg hat mit der von uns kritisierten Förderpolitik im Bereich der Erneuerbaren Energien nichts zu tun.

Die Notwendigkeit, im Bereich der Förderung von sogenannten erneuerbaren Energien den Verstand **ein**zuschalten, ist unabhängig von der Frage des **Auss**chaltens von Atomkraftwerken.

Unser Lösungsansatz

Damit Mensch und Natur wieder in den Mittelpunkt rücken und die Basis unseres Wohlstands gesichert werden kann, brauchen wir jetzt einen durchdachten Schritt nach vorn.

Wir nennen ihn die

ENERGIEWENDE 2.0

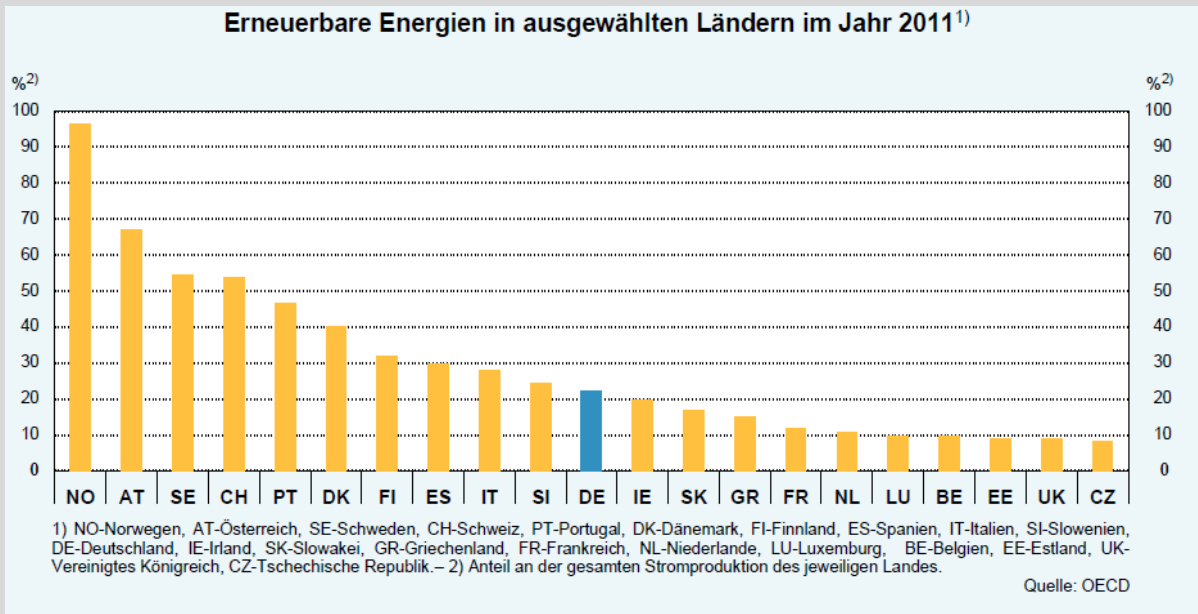
Die Energiewende 1.0 war geprägt von einem stimmungsgetriebenen Ausstieg aus einer umstrittenen, aber zuverlässigen und grundlastfähigen Technologie und einem rasanten, subventionsgetriebenen Aufbau von Erzeugungskapazitäten für unzuverlässige, da nicht grundlastfähige Technologien.

Nach 20 Jahren Erneuerbare Energien Gesetz, sind wir Weltmeister im Installieren von Erzeugungskapazitäten für Photovoltaik.

Wir haben, nach USA und China, mit 23.000 Anlagen die größte Kapazität an Windkraft aufgebaut.

Dank des Erneuerbare Energien Gesetzes sind wir überdies Weltmeister im Subventionieren.

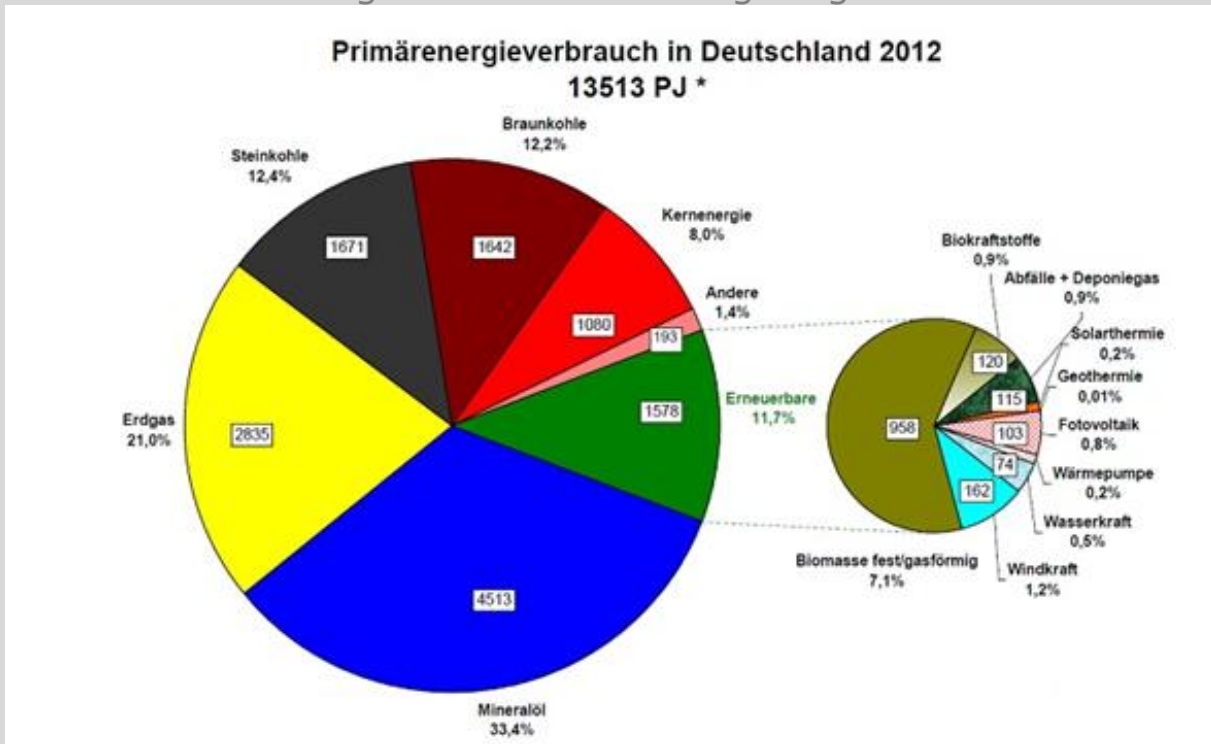
Was den Anteil dieser Energieformen an der Stromerzeugung betrifft, sind wir jedoch europaweit nur im Mittelfeld.



Quelle: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 2012/13, S. 252.

Gleichzeitig belasten unsere Überkapazitäten die Netze auch in unseren Nachbarstaaten.

Was den eigentlich relevanten Primärenergieverbrauch betrifft, ist der Beitrag von Windkraft und Photovoltaik mit zusammen rund zwei Prozent geradezu lächerlich gering.



Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie.

Die Energiewende 1.0 hat Entwicklungen angestoßen, aus denen krasse Fehlentwicklungen erwachsen sind.

Die **Energiewende 2.0** muss diese Fehlentwicklungen korrigieren und einem wirklich ökologischem Umbau den Weg bereiten.

Nicht Prestige, sondern Verantwortung muss dabei das bestimmende Motiv sein.

Das Ersetzen des Prestigegegedankens durch das Bekenntnis zur Verantwortung erfordert:

- Naturgesetzlich bestimmte Realitäten sowie technische Gegebenheiten und ökonomische Zusammenhänge anzuerkennen,
- sich von der anmaßenden Vorstellung, dass am deutschen Wesen die Welt genesen kann, zu verabschieden,
- weltverbesserischen Eifer durch Bescheidenheit und Realitätssinn auszutauschen.

Die **Energiewende 2.0** kann nur in enger Abstimmung mit den europäischen Nachbarn gelingen.

Deutschland ist nicht der Nabel der Welt. Vielleicht haben wir eine besondere Verantwortung. Gerade dann müssen wir aber Lernfähigkeit beweisen und Borniertheit ablegen.

Wenn Deutschland bei der Energiewende 1.0 stehen bleibt, endet dieses hochstilisierte Projekt im ökonomischen und ökologischen Fiasko, das Niemandem als Vorbild dienen kann.

Naturgesetze sind ursächlich, dass wir trotz weltweit beispielloser Anstrengungen und enormen Erzeugungskapazitäten für Strom aus Wind, Sonne und Biomasse, trotz Abnahmegarantie und Einspeisevorrang, nur im europäischen Mittelfeld liegen, was den tatsächlichen Beitrag erneuerbarer Energien zur Stromerzeugung betrifft.

Die Sonne scheint bei uns seltener, der Wind weht bei uns weniger zuverlässig als andernorts auf der Welt.

Anstatt diese banalen Tatsachen anzuerkennen, versucht die Politik, sie mit Subventionen zu bekämpfen.

Technische Gegebenheiten bedingen, dass Windkraft und Photovoltaik generell zur Stromversorgung eines auf sichere und preisgünstige Bereitstellung angewiesenen Industrielandes nur sehr bedingt geeignet sind.

Die Tatsache, dass volatile Quellen nicht zur Deckung der Grundlast beitragen können, darf nicht länger ignoriert werden.

Der Verweis auf in Zukunft vielleicht einmal zur Verfügung stehende Speichermöglichkeiten darf nicht länger akzeptiert werden.

Ökonomische Zusammenhänge führen dazu, dass die vorrangige Einspeisung des vermeintlich sauberen Windstroms innerhalb des unverzichtbaren Grundlastsegments die relativ sauberen Gaskraftwerke aus dem Markt drängt und unrentabel macht.

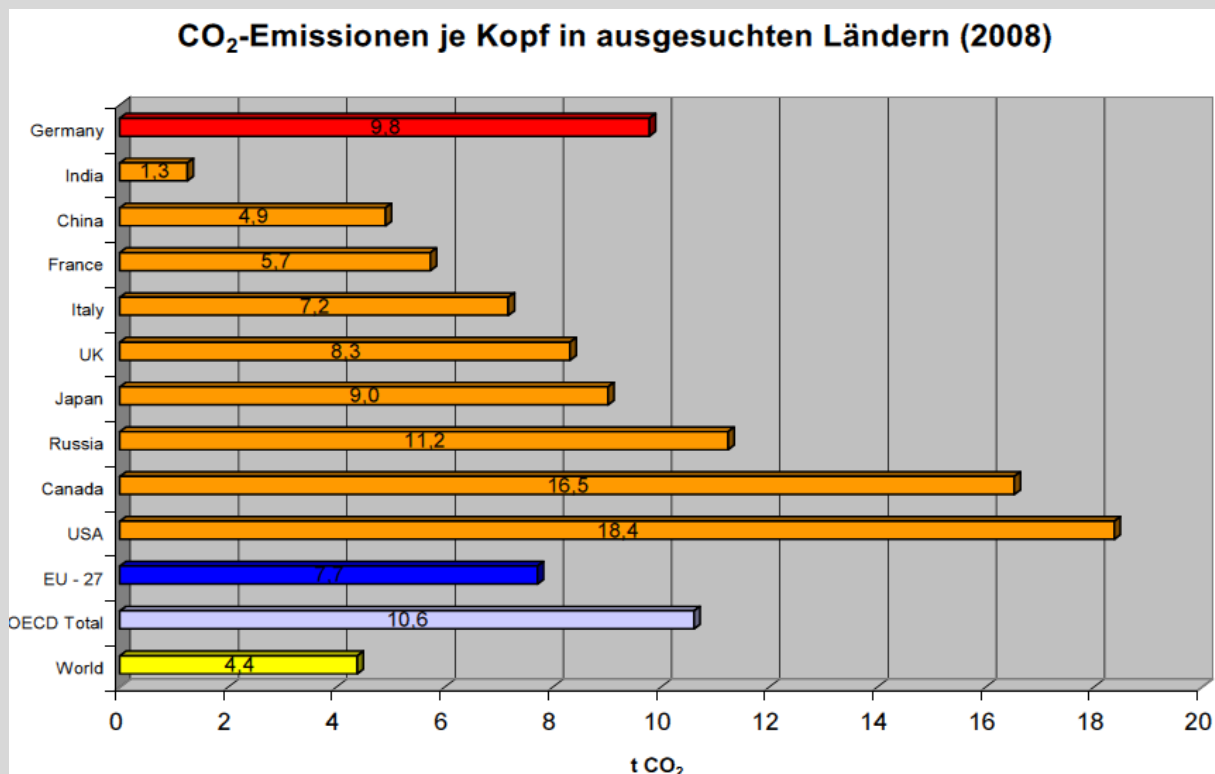
Ökonomische Zusammenhänge sorgen ebenfalls dafür, dass unsere im Alleingang betriebene Energiewende für den oft beschworenen Klimaschutz unter dem Strich kontraproduktiv ist.

Bei den oft zur Rechtfertigung unseres hastigen Umbaus des Energiesystems herangezogenen CO₂-Emissionen ist eine Anerkennung der Realitäten ebenfalls überfällig:

Erstens sind unsere Bemühungen, im Stromsektor Einsparungen zu erreichen, aufgrund des europäischen Emissionshandelssystems volkswirtschaftlich teuer und wirkungslos.

Zweitens sind wir Deutschen, die wir mit fallender Tendenz 2,5 % zu den globalen Emissionen beitragen, völlig unbedeutend.

Drittens sind wir, wenngleich unbedeutend, so doch keineswegs erfolgreich, was die Senkung unserer CO₂- Emissionen betrifft:



Quelle: Internationale Energie Agentur.

Franzosen, Italiener und Engländer setzen pro Jahr und Kopf deutlich weniger des zum „Klimakiller“ hochstilisierten Gases frei. Der Grund ist u.a. in unserer einseitigen Fokussierung auf den Stromsektor zu suchen.

Während „Ökostrom“ in Deutschland Chefsache ist, bleiben im Verkehrssektor enorme Einsparpotenziale ungenutzt.

„100% Ökostrom bis Übermorgen, aber freie Fahrt mit großem Hubraum“

ist das Motto.

Rational ist dies alles nicht erklärbar. Politisch schon.

Wir geben uns mit politischem Aktionismus nicht länger zufrieden.

Wir fordern ökonomische und ökologische Rationalität.

Konkret fordern wir:

- **Gebührende Berücksichtigung von Belangen des Landschafts- und Naturschutzes bei der Standortwahl für Industrieanlagen, dabei keine Sonderrechte für Windkraft und Photovoltaik. Schluss mit der baurechtlichen Privilegierung.**
- **Gebührende Berücksichtigung und intensive Erforschung von Auswirkungen der Windkraft auf den Menschen. Schluss mit der Bagatellisierung von Gefahren des Infraschalls. Anpassung der Abstandsregeln an neue Erkenntnisse und Anlagengrößen.**
- **Eine europäische Harmonisierung der Erneuerbare-Energien-Politik mit Augenmaß und eine Vertiefung des europäischen Energiebinnenmarktes.**
- **Die Abkehr von ineffizienten und damit umweltschädlichen deutschen Insellösungen.**
- **Technologieneutralität - faire Chancen für echte technologische Durchbrüche**

Zuvorderst gehört das Erneuerbare Energien Gesetz abgeschafft.

Die **ENERGIEWENDE 2.0**

darf auf die Gewinninteressen der vom Subventionsregime begünstigten Branchen, Unternehmen und Investoren keine Rücksicht nehmen.

Die **ENERGIEWENDE 2.0**

orientiert sich ausschließlich am Ziel, für die Menschen und die Umwelt Verbesserungen zu erreichen. Es geht nicht darum, Lokalpolitikern, Landverpächtern und Anlagegesellschaften Profilierungs- und Einkommenschancen zu verschaffen.

Die **ENERGIEWENDE 2.0**

muss Ziele und Prioritäten klar benennen und stimmige Konzepte liefern.

Die **ENERGIEWENDE 2.0**

muss sich an **fünf Leitlinien** orientieren:

1. Energieeffizienz stärker ins Blickfeld nehmen.

Hintergrund:

Es gibt keine "grüne" oder "saubere" Energie. Jede Form der Energieerzeugung birgt ökologische Probleme. Die einzig wirklich umweltfreundliche Energie ist die, die eingespart wird. Außerdem: Je geringer der Energiebedarf einer Volkswirtschaft, desto leichter ist es, einen bestimmten Anteil dieses Bedarfs aus regenerativen Quellen zu decken. Gegenwärtig liegt Deutschland beim Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung europaweit im Mittelfeld.

Diese -gemessen am Anspruch, Maßstäbe setzen zu wollen- bescheidene Platzierung hat mehrere Ursachen. Zum einen betreiben andere Länder eine rationalere Förderpolitik und setzen bei den Erneuerbaren Energien stärker auf nicht volatile Quellen wie Wasserkraft und Biomasse. Zum anderen sind Wind und Sonne in anderen Ländern reichlicher und stetiger vorhanden. Ein gewichtiger Faktor ist jedoch auch der absolut betrachtet hohe Energieverbrauch in Deutschland. In dem Maße, wie es gelingt, diesen zu senken, wird es deutlich einfacher (bzw. weniger unrealistisch) die im Rahmen der "Energiewende" postulierten Ziele zu erreichen. Dieser entscheidende Hebel spielt in der politischen Diskussion eine untergeordnete Rolle.

2. Erneuerbare Energien dort nutzen, wo sie vergleichsweise reichlich vorhanden sind.

Hintergrund:

Sonnenintensität, Wind- und Biomassevorkommen sind nicht gleichmäßig über den Globus verteilt. Die Bedingungen für die Nutzung erneuerbarer Energien sind von topografischen und klimatischen Bedingungen abhängig, die sich innerhalb Deutschlands deutlich und innerhalb Europas noch deutlicher unterscheiden. Diese Unterschiede dürfen wir nicht länger mit Subventionen nivellieren. Im Gegenteil, diese Unterschiede müssen wir gezielt nutzen, denn sie bergen enorme Potentiale zur Effizienzsteigerung.

Aufgrund unserer hohen Fördersätze sind in Deutschland mehr als 60% aller europäischen Photovoltaik-Kapazitäten installiert. In Griechenland und Portugal hingegen nur 0,9 und 0,4%. Bei der Windkraft besteht eine ähnliche Schiefelage, auch hier ist Deutschland einsamer Spitzenreiter, was die installierte Erzeugungskapazität betrifft.

Nur die riesigen Flächenstaaten China und USA haben mehr Windkraftanlagen auf ihrem Territorium als wir in unserem dicht-besiedelten Land.

Trotzdem sind wir bei der tatsächlichen Erzeugung von Energie aus regenerativen Quellen nur im Mittelfeld. Anstatt unter enormem Zeitdruck und zu hohen wirtschaftlichen und ökologischen Kosten eine deutsche Insellösung zu forcieren, müssen wir die Erneuerbare Energien Politik dringend europäisch harmonisieren.

Der europäische Binnenmarkt für Energie muss schnell Realität werden. Damit nicht länger die Lobbystärke, sondern die Windstärke entscheidet, welche Technologie wo und wie zum Einsatz kommt.

3. Allen denkbaren und heute noch nicht denkbaren Formen der Nutzung regenerativer Energien die gleiche Chance im Wettbewerb einräumen.

Hintergrund:

Das Wesen der Innovation ist, dass sie im Vorhinein unbekannt ist. Insofern kann *Niemand* mit *der* universellen technischen Lösung aufwarten. Jedoch gibt es bereits eine Vielzahl verschiedener Ansätze, die durch das gegenwärtige Subventionssystem benachteiligt und de facto ausgeschlossen werden. Das ist politisch erklärlich (neue oder ganz unbekannte Ansätze haben keine Lobby) aber ökonomisch und ökologisch unverantwortlich.

Jenseits der hoch subventionierten Photovoltaik stehen mit Concentrated Solar Power, Aufwindkraftwerken oder solarthermischen Anlagen schon heute alternative Möglichkeiten zur Verfügung, die Sonneneinstrahlung energetisch zu nutzen.

Auch bei der energetischen Nutzung des Mediums Wasser gibt es eine Vielzahl technologischer Ansätze, die teils bereits angewendet werden, teils heute noch futuristisch anmuten, aber grundsätzlich ein sehr hohes Potential haben.

So lässt sich Windenergie abseits des Festlands nicht nur mittels der gegenwärtig geförderten Offshore-Anlagen über dem Wasser, sondern auch indirekt, unter dem Wasserspiegel, mittels Meeresströmungskraftwerken nutzen. Dieser Ansatz ist unter verschiedenen Aspekten überlegen. Die kontinuierliche Wellenbewegung des Meeres kann ebenso wie die gravitationsbedingte Strömung der Gezeiten zur Gewinnung von elektrischer Energie genutzt werden. Auch Temperaturunterschiede in verschiedenen Tiefen und Unterschiede im Salzgehalt des Wassers bieten sehr vielversprechende Nutzungsmöglichkeiten in Meereswärme- und Osmosekraftwerken.

Bei der energetischen Nutzung des Windaufkommens an Land gibt es ebenfalls Alternativen zur gegenwärtig geförderten und daher dominanten Stromerzeugung mit unmittelbarer, völlig bedarfsunabhängiger, Einspeisung ins Stromnetz. Einen Ansatz stellen sogenannte Kleinwindkraftanlagen dar. Anstatt mit Festpreis und Abnahmegarantie ins

öffentliche Netz einzuspeisen, könnten diese theoretisch schon bei sehr geringen Windstärken Strom für den Hausgebrauch liefern.

Vieles des hier Skizzierten klingt nach Zukunftsmusik.

Über die jeweiligen Erfolgsaussichten dieser technologischen Ansätze maßen wir uns keine Einschätzung an. Vermutlich wird keiner davon die allein selig machende Universallösung für unsere Energieversorgung darstellen.

Dieser kursorische Überblick ohne Anspruch auf Vollständigkeit verdeutlicht jedoch den grundlegenden Fehler der gegenwärtigen Förderpolitik.

Metaphorisch ausgedrückt, lassen wir uns mit Blaskapellen beschallen und verschließen damit unsere Ohren vor der Zukunftsmusik. Damit laufen wir große Gefahr, zu überhören, welche Melodien tatsächlich zum Welthit avancieren können.

All diesen und allen weiteren bislang unbekannt technologischen Ansätzen verbaut die gegenwärtige Förderpolitik faktisch die Realisierungschancen.

Denn sie ist im Grundsatz nicht technologieoffen, sondern technologiespezifisch.

Nicht die Kreativität der Forscher und Tüftler, sondern die von Lobbies und Bürokraten ausgekungelten spezifischen Fördersätze bestimmen, welche Technologien eine Chance bekommen, und welche vielleicht brillianten Ideen in Schubladen verbleiben.

Indem wir einseitig auf die etablierten Technologien setzen, verzerren wir die Forschungsanstrengungen und lähmen die technologische Entwicklung. Wir müssen weg von der Mikrosteuerung und hin zur Technologieoffenheit.

4. staatliche Fördermittel auf Forschung und Vernetzung konzentrieren.

Hintergrund:

Wir müssen knappe staatliche Gelder so einsetzen, dass sie den Einfallsreichtum der Wissenschaftler und den wirtschaftlichen Spürsinn der Unternehmen anspornen und nutzen.

Anstatt einige ausgewählte Technologien und Produzenten über Subventionen zu alimentieren, müssen wir die Grundlagenforschung und die Netzwerkbildung zwischen Wissenschaft und Unternehmenswelt bspw. mit Pilotprojekten fördern.

Das technologieoffene Energieforschungsprogramm der Bundesregierung geht in die richtige Richtung. Während wir gegenwärtig mit rund 17 Mrd. € pro Jahr das Bestehende alimentieren, ist uns die Suche nach tragfähigen neuen Ansätzen jedoch nur rund ein Zwanzigstel wert. Dieses Missverhältnis müssen wir umkehren.

5. Kohärenz herstellen, sachfremde Aspekte ausblenden.

Erläuterung:

Dass die ökonomische und ökologische Vernunft bislang wenig gilt, liegt wesentlich daran, dass energiepolitische Entscheidungen von sachfremden Aspekten überlagert werden. Die Profiteure des gegenwärtigen Subventionssystems haben ein starkes Interesse daran, naturwissenschaftliche und ökonomische Sachverhalte zu verschleiern. In Umkehrung von Einsteins Maxime

so einfach wie möglich, so kompliziert wie nötig,

werden energiepolitische Fragen oftmals unnötig komplex oder unzulässig vereinfacht diskutiert - je nachdem, wie es den Profiteuren des Systems gerade nützt. Mitunter werden tatsächliche Zusammenhänge übersehen und auf der anderen Seite Scheinzusammenhänge konstruiert. Unzulässige Vereinfachungen und unsachgemäße Vermischungen führen zu irrationalen Entscheidungen.

Die Erneuerbare-Energien-Politik muss von sachfremden Aspekten befreit werden.

Die Diskussion um die Förderung Erneuerbarer Energien ist dominiert

- vom Klimaschutz,
- von der Frage des Atomausstiegs und
- von Fragen des regionalen Strukturausgleichs.

Das ist irrational, denn zwischen der Frage einer sinnvollen Ausgestaltung der Förderung erneuerbarer Energien in Deutschland und Europa und den komplexen und emotionsbeladenen Fragen nach

Existenz, Ausmaß, Wirkungen und Ursachen des (anthropogenen) Klimawandels und der adäquaten Strategie zum Umgang mit diesem

besteht kein Zusammenhang.

Auch das noch stärker emotionsbeladene Thema

„Atomausstieg – ja/nein – wie schnell?“

ist für die Relevanz der Punkte 1 – 4 und die sinnvolle Nutzung erneuerbarer Energien nur bedingt maßgeblich. Dieses Thema erschöpft sich bei genauerer Betrachtung in der relativen Bewertung der Alternative

„neue Kohle- und Gaskraftwerke und mehr (Atom-)stromimporte – ja/nein – in welchem Umfang?“

Schließlich werden mit dem Erneuerbare Energien Gesetz implizit regionalpolitische Ziele verfolgt. So ist Bayern im Länderfinanzausgleich zwar der größte Nettozahler, erhält aber über die EEG-Umlage einen beträchtlichen Nettozufluss, den es massiv verteidigt.

Analog bemühen sich ostdeutsche Länder gezielt darum, dieses Umverteilungssystem als Ergänzung zum Länderfinanzausgleich für sich auszuschöpfen. Ein impliziter Länder-Finanzausgleichsausgleich steht rationalen Entscheidungen im Wege.

Die deutsche Politik hat sich den Zielen „Klimaschutz“, „Energieversorgung ohne deutsche Kernkraftwerke“, „ähnliche Lebensverhältnisse in allen Regionen“ mehr oder weniger fest verschrieben. Zu diesen und anderen Zielen haben wir Auffassungen – diese tun jedoch nichts zur Sache. Wir plädieren lediglich dafür, ein wesentliches Prinzip der ökonomischen Theorie zu beherzigen:

Jedes wirtschaftspolitische Ziel muss mit einem eigenen wirtschaftspolitischen Instrument adressiert werden.

Eine Verletzung dieses Prinzips führt zur Ineffizienz - diese Erkenntnis geht auf den ersten Nobelpreisträger der Ökonomie (Jan Tinbergen) zurück.

„Don't try killing two birds with one stone“ – sagt man im Englischen.

„Wer auf zwei Vögel gleichzeitig schießt, verfehlt sie beide.“

Als Freunde der Natur wünschen wir allen Vögeln ein langes und unbeschwertes Leben.

Im übertragenen Sinne ist für uns jedoch klar: die Energiepolitik braucht mehr Rationalität und Kohärenz. Denn inkohärente Politikansätze gefährden die Grundlagen unseres Wohlstands und zerstören unsere Natur.

Rationale und kohärente Ansätze erfordern, dass

- Ziele stimmig begründet,
- Zielkonflikte offengelegt und minimiert,
- Zielhierarchien definiert und beachtet,
- Ziele und Instrumente einander klar zugeordnet und nicht vermischt werden.

Die gegenwärtige „Energiewende“-Politik erfüllt diese Anforderungen nicht. Die Förderung erneuerbarer Energien erst recht nicht.

Diese fünf Leitlinien beschreiben den Weg, von dem wir uns nachhaltige Lösungen versprechen.

Nachhaltig ist eine Entwicklung dann, wenn Sie

„den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen.“ (Brundtland-Kommission, 1987).

Gemäß gängigem Verständnis, zu dem sich alle nennenswerten europäischen Parteien bekennen, verlangt dies die Balance von interdependenten

- sozialen,
- ökologischen,
- und wirtschaftlichen

Zielen.

Wenn eines der Ziele zu stark gewichtet wird, geht dies notgedrungen zu Lasten der anderen.

Der Entwicklungspfad lässt sich dann nicht dauerhaft beibehalten, sondern stößt in den anderen beiden Dimensionen an unüberwindliche Grenzen.

Nachhaltige Lösungen berücksichtigen alle drei Dimensionen gleichermaßen und ermöglichen somit eine dauerhaft tragfähige gesellschaftliche Entwicklung.

-III-

Der gegenwärtige Weg ist nicht nachhaltig.

Er führt zu stetig steigenden Strompreisen, untergräbt die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes als Industriestandort und gefährdet die Grundlagen unseres materiellen Wohlstands.

→ Die ökonomische Dimension der Nachhaltigkeit wird verletzt.

Er bewirkt eine Umverteilung von unten nach oben und verschärft soziale Schieflagen.

→ Die soziale Dimension der Nachhaltigkeit wird verletzt.

Er belohnt den Aufbau von Stromerzeugungsanlagen, deren Nutzen für das Gesamtsystem negativ ist und die zunehmend in ökologisch sensible Bereiche vordringen. Die Natur gerät buchstäblich unter die (Wind-)räder.

→ Die ökologische Dimension der Nachhaltigkeit wird verletzt.

Wir fordern daher eine Kurskorrektur und ein Einschwenken auf den Pfad der ökologischen und ökonomischen Vernunft.

Wer sind wir?

Wir sind finanziell und ideologisch unabhängige Bürger dieses Landes.

Wir verstehen uns als Partner einer Politik, die einen vernünftigen Schritt nach vorne unternehmen möchte.

Wer diesen Schritt unternimmt, ist für uns unwichtig.

Wichtig ist, dass er gemacht und die **ENERGIEWENDE 2.0** umgehend eingeleitet wird.

Bundesinitiative



VERNUNFTKRAFT.

Verein in Gründung, Berlin.

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Dr. Nikolai Ziegler - Kopernikusstraße 9 - 10245 Berlin